

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M. im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Vorkauf bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 10 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 96 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Kompositorenzeile oder deren Raum kostet 6.- M., einschließlich Anfertiger. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertiger. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schwere Explosionskatastrophe

Explosion in der Badischen Anilinfabrik in Oppau — 100 bis 800 Tote und Verwundete

Arbeitertod

Mannheim, 21. September.

Das Werk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist in die Luft geflogen. Die Zahl der Toten und Verwundeten beläuft sich nach den bisherigen Feststellungen auf 700. Sämtliche Fensterscheiben in Mannheim und Heidelberg wurden zertrümmert. Die Telefonämter Mannheim und Heidelberg arbeiten nicht mehr.

II. Ludwigshafen, 21. September.

Das in der pfälzischen Ortschaft Oppau gelegene Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist heute morgen 1/8 Uhr in die Luft geflogen. Die Zahl der Toten und Verwundeten beläuft sich nach den bisherigen Schätzungen auf etwa 1000. Drei Arbeiterzüge wurden unter den Trümmern begraben. Sämtliche Fensterscheiben in Mannheim und in dem 25 Kilometer entfernten Heidelberg wurden zertrümmert. Transmissionen von 100 Tonnen wurden von Ludwigshafen bis nach Mannheim geschleudert. In den Orten der Umgebung wurden zahlreiche Häuser abgedeckt. In Ludwigshafen liegen die Glascheiben in Höhe auf der Straße. In Mannheim haben die großen Fabrikanlagen unter der Explosion gelitten. Auch hier soll es Tote und Verwundete geben. In Oppau sind viele Wohnungen zertrümmert.

Mannheim, 21. September. (W. I. B.)

Heute morgen gegen 1/8 Uhr erfolgten kurz hintereinander zwei außerordentlich starke Explosionen, verbunden mit einer gewaltigen Erderschütterung, die weit in der Umgebung verspürt wurde, so in Mainz, Heidelberg, Schwetzingen, Cronstadt, Frankenthal, Ludwigshafen usw., wo überall Sachschaden angerichtet wurde. Auf der Ost-

seite der Häuser wurden zahlreiche Fensterscheiben durch den Luftdruck eingedrückt, Rollläden heruntergerissen, Fensterschüssel gewaltsam geöffnet und leichteres Material, wie Schreibmaschinen, von den Tischen heruntergeschleudert.

Die amtlichen Stellen geben auf Anfragen keine Antwort. Auch wurde zeitweise wegen der drohenden Gefahr der Wiederholung der Explosionen das Telephon hier und in Ludwigshafen gesperrt. Wie wir feststellen konnten, hat beim Schichtwechsel in der Badischen Anilinfabrik in Oppau, wo die besonders explosionsgefährlichen Stickstoffverbindungen hergestellt werden, eine Explosion stattgefunden. Der Sachschaden ist ungeheuer.

Die Zahl der Toten und Verwundeten geht in die Hunderte,

konnte aber bisher auch nicht annähernd festgestellt werden. Alle verfügbaren Transportmittel wurden an die Unglücksstelle beordert, um die Verwundeten zu bergen. Die Unglücksstelle ist abgesperrt. Die französische Besatzung in Ludwigshafen hat ihre Pferde nach Mannheim abtransportiert und soll sich alarmbereit halten. Die Explosionsgefahr ist bis zur Stunde noch nicht behoben. Nähere Einzelheiten und amtliche Ermittlungen über Ursache und Umfang der Explosion stehen noch aus.

Mannheim, 21. September.

Nach einer Meldung der „Badischen Landeszeitung“ handelt es sich um die Explosion des Gaskessels im Bau 48 des Oppauer Werkes, nach einer anderen Version um die von Spritkesseln der Oppauer Spritwerke. Die Unglücksstätte ist in undurchdringlichen Rauch gehüllt. Bei den Firmen Benz und Böhlinger wurde schwerer Gebäudeschaden verursacht. Die Maschinenfabrik von Lange u. Reidig, die seitens des Mannheimer Industriebezirks, ist teils schwer beschädigt, teils zertrümmert. Aus Ludwigshafen kommen die beunruhigendsten Nachrichten.

und über die Zusammensetzung der Koalition überhaupt gefallen, während die Hakenkreuzpflichten siederhaft daran arbeiten, durch einen Gewaltstreik dem Landtag ihren Willen aufzuzwingen.

Ein national-sozialistischer Putsch?

II. München, 21. September.

Gestern waren allgemein Gerüchte von einem geplanten national-sozialistischen Putsch am heutigen Tage verbreitet. Auch im Landtag wurde in parlamentarischen Kreisen darüber gesprochen. Die Gerüchte wurden unterstützt durch die Tatsache, daß außerordentlich aufsehende Flugblätter aus Automobilen abgeworfen wurden, in denen Regierungsmitglieder und Landtagsparteien in schamloser Weise beschimpft wurden. Fünf Flugblattverbreiter konnten verhaftet werden. Von der zuständigen Behörde sind entsprechende Sicherheitsmaßnahmen gegen etwaige Ausschreitungen getroffen worden. — Hierzu schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“, es sei ein unverantwortliches Beginnen, in dieser feierlichen Stunde derart eine weitere Erregung unter die Bevölkerung zu tragen. Das Blatt warnt alle Kreise eindringlich vor Unbesonnenheiten, mit denen sie ihrem Ziel keinen Dienst erweisen, dem Lande und dem Reiche aber den schwersten Schaden zufügen können.

Baron Ungern-Sternberg erschossen.

D. A. Moskau, 21. September.

Die Sowjetregierung gibt bekannt: In Nowonikolajewsk hat eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen den weißgardistischen Führer Baron Ungern stattgefunden. Der Gerichtsverhandlung wohnten Tausende von Arbeitern und Soldaten der Roten Armee bei. Baron Ungern wurde zum Tode verurteilt. Das Urteil ist vollzogen worden. Die Anklage wurde gegen ihn erhoben: 1. Wegen Unterstützung und Durchführung der räuberischen Pläne Japans gegen die Sowjetrepublik; 2. wegen der Vorbereitungen zum Sturz der Sowjetmacht und zur Errichtung der Monarchie in Sibirien unter Michael Romanow; 3. wegen des Massenmordes an russischen Bauern und Arbeitern in Sibirien, wegen der Ermordung chinesischer Revolutionäre.

Frauen heraus!

Die Bedeutung der Berliner Stadtverordnetenwahlen

Von Luise Zieh.

Die bevorstehenden Kommunalwahlen Berlins sind ein wichtiges Stück Klassenkampf, ein Teil der großen Auseinandersetzung der Arbeiterklasse mit dem Bürgertum, die sie durchzuführen hat, um ihrer ökonomischen, sozialen und geistigen Befreiung näherzukommen. Handelt es sich doch um nichts weniger, als um die Entscheidung, ob zukünftig eine sozialistische oder eine bürgerliche Mehrheit die Geschicke Berlins leiten soll.

Und der Kampf um diese Entscheidung bekommt noch eine erhöhte Bedeutung, weil er zusammenfällt mit dem großen Ringen der Arbeiterklasse gegen die kapitalistisch-monarchistische Reaktion, die ihre besonders Stützpunkte besitzt in der Bürokratie, der Justiz, der Reichswehr; der Reaktion, die sich immer frecher gebärdet, die durch ihre arbeiterfeindliche Politik und ihre verlogene Presse die öffentliche Meinung vergiftet und jene Atmosphäre schuf, die den politischen Mord gebiert: Wiederaufrichtung der Monarchie und Knechtung der Arbeiterklasse ist ihr Ziel.

Ein Sieg des Bürgertums bei den bevorstehenden Kommunalwahlen würde auch eine Stärkung der Parteien bedeuten, die der monarchistischen Reaktion Helfer und Geldgeber stellen, insbesondere der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Ein Sieg des Bürgertums würde weiter eine Verstärkung des politischen Einflusses und der politischen Wirksamkeit der politischen Parteien bringen, denen wir den Brotwucher zu verdanken haben und die zu der ungeheuren Teuerung uns noch eine unerträgliche Steuerlast aufbürden wollen.

Alles Tatsachen, die es zu einer Lebensfrage für die Gesamtarbeiterschaft, vor allem aber für die Frauen machen, durch Einsehen ihrer ganzen Kraft den sozialistischen Sieg am 16. Oktober sicherzustellen.

Zu diesen allgemeinen politischen Erwägungen kommt jedoch eine Fülle kommunalpolitischer, von denen wir eine Anzahl herausgreifen wollen, um das besondere Interesse der proletarischen Frauen an den Siegen der Sozialisten nachzuweisen.

Von unseren sozialistischen Forderungen an die Gemeinde ist seither noch bitter wenig erfüllt. Die sozialistische Mehrheit in der Stadtverwaltung ist nicht nur sehr jung, ihre Wirksamkeit ist auch vom Bürgertum in den wenigen Monaten ihres Bestehens unausgesetzt gehemmt worden. Die Ungültigkeitserklärung der Wahlen hatte neben der Hoffnung, bei Neuwahlen die sozialistische Mehrheit zertrümmern zu können, doch auch nur den Zweck, die Wirksamkeit der Sozialisten zu fördern, was durch Hinauszögern der Bestätigung der sozialistischen Stadträte und viel anderes ebenfalls erreicht werden sollte.

Dazu kommt, daß die sozialistische Mehrheit völlig zerrüttete Finanzen, eine Schuldenlast von 4,322 Millionen vorfand, die durch ihre sparsame Wirtschaft des letzten Jahres bereits um 216 Millionen verringert wurde. Einnahmequellen stehen der Kommune nur äußerst gering zur Verfügung, und wenn eine neue Einnahmequelle wirklich erschlossen ist, die nicht die Schullern der Minderbemittelten, sondern der Wohlhabenden belasten würde, wird sie vom Ministerium so verhandelt, daß ihre Einführung mehr Erhebungskosten verursachen würde, als ihr Gesamtertrag ausmacht: siehe die Hausangestelltensteuer, auf die wir in einem zweiten Artikel noch zurückkommen werden. Die fürchtbare Verschuldung durch die Kriegswirtschaft hemmt überall den sozialen Fortschritt. Eine ungeheure Energie und volle Hingabe an die Sache, wie die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie sie gezeigt haben, wird, wenn eine sozialistische Mehrheit wiederkehrt, auch dieser Widerstände Herr werden. Damit wäre alsdann die Bahn frei für eine erfolgreiche Wirksamkeit im sozialistischen Geiste.

Viel mühte geleistet worden auf dem Gebiete der Fürsorge für Mutter und Kind. Es mangelt in dem großen Berlin an Entbindungsanstalten und Säuglingsheimen. Es ist erst vor kurzem berichtet worden, daß Frauen, die kurz vor der Entbindung eine Anstalt aufsuchten, keine Betten angewiesen bekommen konnten, sondern mit ihrem schwangeren Körper auf Stühlen nachsitzen mußten. Ganz zu Schweigen von jenen, die keine Aufnahme fanden. Proletarierlos. Häßt man dem gegenüber, wie Bourgeoisdamen gehegt und gepflegt werden, wenn sie der Entbindung entgegengehen, wie ihnen jede Aufregung ferngehalten, jedes Steinchen aus dem Weg geräumt wird, packt uns um so mehr die Erbitterung, daß für Arbeitermütter so wenig gesorgt wird. Freundliche, hygienische einwandfreie Entbindungsanstalten und Säuglingsheime in genügender Anzahl sind angesichts der fürchtbaren Wohnungsnot, heute dringender notwendig denn je. Dergleichen Kindergärten, Kinderhorte, Schulkantinen und obligatorische Schulspeisung.

Auf die letzten Forderungen und auf die Bedeutung der Kommune als Arbeitgeber werden wir in einem zweiten Artikel eingehen. Für heute wollen wir schließen mit

Die bayerische Regierungskrise

Noch keine Entscheidung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 21. September.

Gestern fanden den ganzen Nachmittag und Abend nach 9 Uhr eingehende Beratungen der Fraktionen und interfraktionelle Besprechungen der Fraktionsparteien zur Frage der Regierungsbildung statt. Es wurde hauptsächlich über die Verhandlungen mit Berlin und über die Koalition selbst gesprochen. Vor allem führte die Frage des Wiedereintritts der Deutschnationalen in die neue Regierung zu lebhaften Auseinandersetzungen, sowohl innerhalb der Parteien, als auch in der interfraktionellen Besprechung. Eine Entscheidung über diese Frage ist noch nicht gefallen, und mit Ausnahme von Kahr und Roth werden voraussichtlich die bisherigen Minister auch der neuen Regierung angehören. Die an Stelle von Roth und Kahr neu zu wählenden Minister sind noch nicht bestimmt. Die bayerische Volkspartei hatte bis zum gestrigen Abend den Fraktionen ihren Kandidaten noch nicht offiziell genannt. Es wird aber mit ziemlicher Sicherheit davon gesprochen, daß Graf Udo von Lerchenfeld, der Vertreter der Reichsregierung in Darmstadt, der während des Krieges Vizepräsident in Warschau und früher bayerischer Bezirksamtmann war, als Ministerpräsident in Frage käme. Eine Aufforderung an die Rechtssozialisten, in die Regierung einzutreten, liegt nach Lage der Dinge außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Heute traten die Fraktionen der Koalitionsparteien erneut zu Beratungen zusammen, eine Entscheidung ist aber bis jetzt noch nicht gefallen.

Unsere Informationen, daß Waffentransporte nach München stattgefunden haben zur Unterstützung eines Rechtsputschs, sind von der Münchener Kahrpresse als Einbildung abgetan worden, haben sich aber gestern aufs neue bestätigt. Selbst in den Beratungen der Koalitionsparteien im Landtag hat man gestern Maßnahmen beraten, um den geplanten Putsch der Hakenkreuzler zu bemaßeln. Das läßt darauf schließen, daß auch die Koalitionsparteien sichere Nachrichten von dem geplanten Rechtsputsch haben. Gestern nacht ist Herr von Kahr aus Berchtesgaden nach München zurückgekehrt. Er soll angeblich darauf hinwirken, daß der geplante Putsch unterbleibt.

Heute nachmittags um 4 Uhr soll der Landtag zusammentreten, um den Ministerpräsidenten zu wählen und jetzt (vormittags um 11 Uhr) ist noch keine endgültige Entscheidung über seine Person

der Bitte an unsere Genossinnen, jeden Tag und jede Stunde der Agitation unter den uns fernsichenden Frauen zu widmen, sie an ihre Wahlpflicht zu gemahnen und ihnen zu zeigen, was es zu erreichen gilt am 16. Oktober.

Diese Woche ist zudem Werbeweche für unsere Partei und unsere Presse.

Genossinnen, beteiligt Euch eifrig an dieser Arbeit. Jedes neue Mitglied und jeder neue Abonnent erhöht unsere Macht und unseren Einfluss. Je größer der Erfolg unserer Werbetätigkeit, desto leichter der sozialistische Sieg bei den Kommunalwahlen. Deshalb, auf ans Werk, zur Stärkung der Organisation der Unabhängigen Partei und ihrer Presse: der „Freiheit“. An die Arbeit zur Agitation für die Wahlliste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Die erste Wirkung

Treibereien gegen Wirth

Wir haben bereits gesagt, daß der Görlicher Beschluß eine Schwächung der Linksregierung Wirth bedeutet, welche Absichten immer die Urheber der Resolution gehabt haben mögen. Tatsächlich setzen die Treibereien der mittelparteilichen Presse, zu der nicht nur die engeren Parteioorgane der Deutschen Volkspartei, sondern auch sogenannte demokratische, wie die „Kölnische Zeitung“, gehören, gegen den Reichskanzler Wirth bereits ein.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine Meldung, wonach Verhandlungen über die Regierungsübernahme bereits begonnen hätten. Man wolle unter allen Umständen Stresemann und Rathenau im Kabinett haben, Stresemann soll Minister des Äußeren werden. Und nun kommt der eigentliche politisch bedeutsame Kern. „Zentrum und Sozialdemokratie legen auf das Verbleiben Wirths als Reichskanzler keinen Wert mehr.“ Als sein Nachfolger werde der Reichstagspräsident Loebe genannt. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ werden ähnliche Mitteilungen gemacht. Das Organ der Deutschen Volkspartei will wissen, daß die Rechtssozialisten nicht unbedingt auf der Kandidatur des Ministers Severing als preussischen Innenminister bestehen. Dagegen wollen sie an der Person des Ministers Braun mit aller Energie festhalten. Außerdem wird von verschiedenen Seiten gemeldet, daß Stegerwald das preussische Ministerpräsidium unter allen Umständen behalten soll.

Nun handelt es sich natürlich zunächst nur um Kombinationen. Aber das Bezeichnende ist, daß die Deutsche Volkspartei sich bereits als Herr der Lage fühlt und ihre politische Stützpunkt gegen die Reichskanzlerschaft Wirths richtet. Die erste politische Wirkung des Görlicher Beschlusses ist die Unterminierung des Kabinetts Wirths und die Stärkung des Kabinetts Stegerwalds. Das gesamte Bürgertum betrachtet den Görlicher Beschluß als Gelegenheit, nach rechts zu schwenken. Das kann auch gar nicht anders sein. Vor wenigen Tagen noch erklärten die kapitalistischen Kreise, sie wünschten eine stärkere Vertretung im Kabinett, wenn sie dem Reiche ihre Mittel zur Verfügung stellen sollen. Noch am Sonntag richtete Stresemann die heftigsten Angriffe gegen die Politik und die Person Wirths.

Da faßt der Görlicher Parteitag einen Beschluß, der als eine Liebeswerbung für Stresemann und für diese hochkapitalistischen Kreise ausgelegt werden muß. Kein Wunder, daß sich das Bürgertum als Sieger fühlt.

So sieht vorläufig das Ergebnis von Görlich aus. Aber ist es Aufgabe sozialistischer Politik, inmitten einer entscheidenden Krise die Position der Arbeiterschaft gegen das Bürgertum zu schwächen?

Schwerer Postraub in Augsburg. In der Kaiserstraße wurde am Montag ein schwerer Postraub verübt. Aus einem verschlossenen Postpaketwagen wurden 13 Wertpakete mit zahlreichen Wertpapieren gestohlen. Vor allem enthielten die Wertpakete Reichsschahenweisungen im Gesamtwert von 5898 000 Mark, sowie andere Papiere im Werte von über 25 000 Mark.

Neuer Frühling

Von Prof. Dr. W. Gothan und Dr. R. Potonié

Eine nicht nur schöne, sondern auch interessante Erscheinung läßt sich in diesem Jahre augenblicklich und wohl noch einige Zeit hindurch in ungewöhnlich schöner Form und großer Häufigkeit beobachten. Infolge der lang andauernden Dürre haben eine Anzahl Bäume und Sträucher ihre diesjährige Vegetationsperiode sehr vorzeitig abgeschlossen: die Blätter sind, wie sich besonders oft an Kastanienblümen zeigt, mehr oder weniger vollständig vertrocknet und zum Teil abgeworfen worden. Die für die Winterruhe bestimmten schlafenden Knospen wurden nun in solchen Fällen häufig durch die seit einiger Zeit niedergegangenen Regengüsse zum Austreiben gebracht, offenbar, weil die Vegetationsruhe durch die Dürre bereits vollständig war, aber auch durch die verhältnismäßig noch hohe Durchschnittstemperatur der Jahreszeit und den Anreiz, den die neuen, vom ausgeblühten Stamm begierig aufgenommenen Säfte auf die Knospen ausüben. Es kommt nicht nur zum Erscheinen neuer Blätter, sondern auch die Blütenknospen haben sich entwickelt und prangen in neuer frühlingshafter Schönheit. Es ist bemerkenswert, daß wesentlich die bereits entblätterten gewesenen Zweige neu ausgetrieben haben und daß große Teile desselben Baumes noch die alten vertrockneten Blätter tragen. Die neue und die alte Vegetation bilden auf diese Weise einen äußerst stimmungsvollen Kontrast an denselben Bäumen.

Zahllose Kastanien dürften bereits an solchen von neuem blühenden Kastanienblümen vorübergegangen sein, die an außerordentlich viel begangenen Straßen und Straßenecken stehen, so z. B. Unter den Linden vor dem Haus Nr. 4, am Potsdamer Platz vor dem Café Josty aber an der Potsdamer Brücke gegenüber der Viktoriastraße, ohne die neue Blüte zu bemerken, da sich ja der Blick des eiligen Passanten seltener nach oben richtet. Der einmal aufmerksam gewordene Beobachter wird an anderen Stellen und auch an anderen Gewächsen entsprechende Erscheinungen bemerken. So sieht man z. B. Linden neue Blätter und Schößlinge treiben, stellenweise Obstbäume in den Vororten von neuem blühen, und auch von den Karthoffeln sagt man, daß die zur Ernte bestimmten Knollen, noch ehe sie aus der Erde geholt werden, zum Teil ihre Augen austreiben. Das ist für die Qualität und die Haltbarkeit allerdings sehr wenig erfreulich.

Man wird den „neuen Frühling“ weniger in Parks und an öffentlichen Plätzen beobachten, wo durch gärtnerische Pflege, Wasserprengen usw. den Bäumen und Sträuchern die in ähnlicher Weise wie der Winter wirkende Dürre weniger fühlbar wurde. Selbstverständlich wird es bei der Blüte sein Bewenden haben. Eine Kagernte dürfte nicht zu erwarten sein.

Die SPD. zur Steuerfrage

Dem Parteitag der S. P. D. hat Keil eine Entschliezung zur Steuerfrage unterbreitet, in der es heißt:

Mit steuerlichen Maßnahmen allein, auch mit den neuen Steuerentwürfen der Reichsregierung, ist die Gesundung der Reichsfinanzen nicht herbeizuführen. Neben der Weiterbildung der Besteuerungsgebung, die den Vertriebssteuern die Verschwendunglichen Ueberschüsse gerecht werden muß, und ihrer scharfen Durchführung müssen die Sachvermögen für die Befreiigung der Finanznot in Anspruch genommen werden. Zur Befreiigung von der ungelösten Devisenspekulation, zur Hebung der deutschen Auslandskredite, zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Balancierung des Reichshaushalts ist dem Reiche das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seinen Ertrag unter Schonung des kleingewerblichen und kleindauerlichen Besitzes einzuräumen.

Zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen muß die Einführung aller nicht unbedingt notwendigen Gebrauchs- und Genussartikel möglichst behindert, die Ausfuhr durch Steigerung der Produktion unter Ausschließung des Auslandsmarktes gefördert, der Absatzgewinn in Ausfuhrerträgen vom Reiche erfasst werden. Die Vorkehrung der Reichsabgabenordnung, die der wahrheitsgemäßen Feststellung der Vermögen und Einkommen dienen, müssen weiter ausgebaut, alle Verläufe, eine zuverlässige Veranlagung zu erschweren, zurückgewiesen werden.

Die Arbeiterschaft wird sich bereit halten, jeden Widerstand gegen die zur Gesundung der Reichsfinanzen erforderlichen Maßnahmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Zur Sabotage bereit

Einer der Führer der Deutschen Volkspartei, Prof. Kahl, erklärte in einer Unterredung:

Unsere Bereitwilligkeit, mit der Sozialdemokratie gemeinschaftlich zu arbeiten, ist ein alter Programmatz der Deutschen Volkspartei. Was wir immer beklagt haben, ist der Anspruch der Sozialdemokraten, in der Regierung tonangebend zu sein und eine Vorherrschaft über die anderen Koalitionsparteien auszuüben. Wir denken natürlich nicht daran, uns an die Sozialdemokraten heranzuschließen, erkennen aber die dringende Notwendigkeit an, daß endlich eine breite Basis für die Regierung geschaffen werde. Soll es zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten kommen, so muß die Voraussetzung dafür ein so breiter Boden für die gemeinsame Arbeit sein, daß unsere grundsätzlichen Anschauungen nicht verletzt werden.

Die Frage der Staatsform braucht jetzt kein Trennungspunkt zu sein. Jeder einigermaßen verständige Politiker muß sich sagen, daß dieses Problem heute keine entscheidende Rolle spielen kann. Monarchistische Agitation bedeutet jetzt ein Spielen mit dem Feuer.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß praktische Politik nur mit der Arbeiterschaft gemacht werden kann, verweise aber immer wieder darauf, daß weite Arbeiterkreise nicht sozialistisch gesinnt sind, sondern auf unserer Seite stehen. Durch die Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei mit den Sozialdemokraten würde aber auch der falsche Anschein vermieden, als stände unsere Partei in einem Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterschaft. Die Deutsche Volkspartei ist für die Arbeiter stets ebenso warm eingetreten wie für die anderen Stände, die übrigens heute durchaus nicht mehr so scharf wie einst von ihnen getrennt sind. Eine Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten würde zweifellos hinwirken auf eine Ueberbrückung des Gegensatzes, den das heute ganz unberechtigte, aber gefährliche Schlagwort „Besitz gegen Arbeit“ schaffen will.

Man kennt die „grundsätzlichen Anschauungen“ der Partei des Großkapitals ja zur Genüge, um zu wissen, was es bedeutet, wenn Prof. Kahl ihre Wahrung als Grundbedingung der neuen Koalition bezeichnet. Ebenso ist klar, was es heißt, daß die Rechtssozialisten nicht mehr in der Regierung „tonangebend“ sein dürfen: die Rechtssozialisten dürfen in der Regierung sein, um der Deutschen Volkspartei zu ermöglichen, ihre Politik durchzuführen.

Das künstlerische Schaffen und die Volksbühne. Unter diesem Titel veröffentlicht die Zeitschrift „Volksbühne“ einen beachtenswerten Artikel von Nora Zepher, in dem die Produktionsaufgaben der Volksbühne in klugen Ausführungen behandelt werden. Es heißt da:

„Weil das Schaffen durch sein Vorhandensein zur Errichtung und zum Ausbau der Welt dient, ist es aber in seinem Wesen selbst für die Gemeinschaft da. Ja, die Gemeinschaft wird gerade durch das Schaffen gebildet, das ihr Zellern ist. Das ist die Erkenntnis, in der die sozialistische Idee wurzelt. Die ursprünglichste Auswirkung des Schaffenstriebes in allem lebendigen Geschöpf ist die Zeugung. Jener schöpferische Drang, der sie selbst auswirkt, schuf, indem er sie immer tiefer erfüllte, das Größte, was den Menschen bestimmt ist zu gestalten: die Liebe. Religion und Liebestrieben ihrerseits im Menschen zu der Schöpfung der Kunst. Von diesen beiden Gefühlsströmen war sie erfüllt. So entstand sie aus dem tiefsten Gemeinsamen des Menschentums und dient diesem Gemeinsamen.“

In jeder Hochblüte künstlerischen Schaffens (man denke an die Gotik) war dies tief in der Gesamtheit verwurzelt, stieß aus einer alle erfüllenden Deenquelle, und der Künstler war kein der Gemeinschaft Fernstehender, sondern einer aus ihrer Mitte, der ausdrückte, was sie bewegte, auch wenn er in seiner Erkenntnis bereits weit aus ihr herausragte. Ja, die Kunst als Zeugnis und Ausdruck der Deenwelt jedes Geschlechts stellt die Verbindung auch des zeitlich Getrennten her, läßt die Einheit aller vergangenen und kommenden Generationen fühlen. Diese innere Verbundenheit mit der Gemeinschaft aller Schaffenden eignet, wenn auch nicht als ein begriffsmäßig Bewusstes, sondern oft nur als unklarer Drang, dem schöpferischen Geist auch in solchen Epochen, die das Gemeinschaftsgefühl nur in geringem Grade besitzen. Sie kann aber auch als bewußte Pflicht von ihm erkannt werden, wie bei dem russischen Künstler, der sich überhaupt nur als Beauftragter des Volkes empfindet, und dessen Kunst von daher die tief an die Seele greifende Macht empfängt. Ist doch im russischen Volkstum, wie in dem des Orients, in allen Kreisen die Gemeinsamkeit dieses religiösen Erlebnis. Wie die Kunst aus den tiefsten Quellen des allem Geschöpf Gemeinsamen gespeist wird, muß sie alle, die sie anrührt, an diese Quellen zurückführen, ihnen den Zusammenhang jedes Einzelnen mit der Welt erleuchten. Das Erleben des Kunstwerks durch die Aufnehmenden ist und muß schon wieder ein schöpferischer Prozeß sein. Denn genau wie der Künstler, der es schuf, so muß der Aufnehmende es seinerseits noch einmal erschaffen, um sein Wesen in sich eindringen zu lassen. Es weist so den eigenen schöpferischen Trieb dessen, der es erlebt, und das ist seine Aufgabe.“

Die vom Kapitalismus herbeigeführte Einstellung gegenüber der Kunst bedeutet einen reinen Konsumentenstand.

Wie Herr Becker regiert

Unter dieser Ueberschrift machten wir vor einiger Zeit darauf aufmerksam, daß die von Heinrich Vogeler begründete Siedlungs- und Schulgemeinschaft Barkenhof durch den preussischen Kultusminister in ihrer Existenz bedroht ist. Der amtliche preussische Pressedienst gab darauf eine Erklärung bekannt, wonach das Kultusministerium nur einen von der Siedlungsgemeinschaft Barkenhof gestellten Antrag auf Unterstützung aus staatlichen Mitteln abgelehnt habe. Mittel für diesen Zweck würden dem Unterrichtsminister nicht zur Verfügung. Aus demselben Grunde könne die Schule auch nicht als staatliche Versuchsschule anerkannt werden, da mit dieser Anerkennung zugleich die Verpflichtung für den Unterhalt der Schule hätte übernommen werden müssen. Diesen Darlegungen fügt die Erklärung des amtlichen Pressedienstes folgenden Trumpf hinzu:

„Schließlich muß auch noch festgestellt werden, daß die Siedlungsgemeinschaft Barkenhof den bestehenden Staat grundsätzlich verneint, und kein Minister, der sich seiner Verantwortung gegenüber dem Staat und der Verfassung bewußt ist, kann seinerseits Bekrethungen auf Kosten eben des Staates unterstützen, der durch sie von innen heraus zerstört werden soll.“

Nun ist es zwar lächerlich, daß eine Schul- und Siedlungsgemeinschaft, die in pädagogischer Hinsicht nichts weiter ist, als eine Produktionschule, den bestehenden Staat „von innen heraus zerstören“ könnte. Aber dennoch hat der Minister Recht. Wie konnten die Männer und Frauen in Barkenhof erwarten, daß der preussische Staat, politisch geleitet von Stegerwald und kulturell verkehrt von Becker, einem Schulverhuf Mittel zur Verfügung stellen könnte, der sein letztes Ziel allerdings in der geistigen Bezeichnung der Arbeiterklasse sieht?

Herr Becker hat die Aufgabe, diese geistige Bezeichnung der Arbeiterklasse zu verhüten und Anlässe dazu im Keime zu ersticken. Dieses und nichts anderes ist in der Tat die Aufgabe eines Kultusministers im Klassenstaate. Und das ist Herrn Becker in diesem Falle gelungen.

Die Erklärung des amtlichen Pressedienstes sagt zwar, der Erlass des Kultusministers hindere weder das Weiterbestehen der Siedlungsgemeinschaft und ihrer Schule, noch gehe er darauf aus, ihr in Bezug auf ihren Unterrichtsbetrieb Schwierigkeiten zu bereiten. Aber das ist eine glatte Unwahrheit, denn der reaktionäre Landrat, auf den wir ebenfalls in unserer ersten Notiz aufmerksam machten, bedient sich gerade des Erlasses des Kultusministers, um durch seine Machorgane die Kinder des Barkenhofes zum Besuch der Dorfschule zu zwingen.

Worauf Herr Becker ausrufen wird: „Was geht mich der Landrat an?“ Der Landrat untersteht nicht dem Kultusminister, sondern dem Minister des Innern, und der Kultusminister hat keine Möglichkeit, den bildungsfeindlichen Landrat an der Drangsalierung kommunistischer Schulkinder zu hindern.

In Preußen haben wir zwar noch keine Regierung Kahr, sondern nur eine Regierung Stegerwald. Aber ein Ordnungsstaat ist Preußen doch.

Die Aufgaben der Polizei. Nach einer „Matin“-Meldung aus New York weigerte sich die Polizei, einem bekannten Philantropen die Erlaubnis zur Verteilung von Bröten an 5000 Arbeitslose, die sich auf dem Broadway angelammelt hatten, zu geben. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen zwei Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden. — Eine hübsche Aufgabe, die sich die New Yorker Polizei gestellt hat, indem sie die Verteilung von Lebensmitteln an hungernde Arbeitslose verbietet und diese mit blauen Bohnen füttert. Der preussische Polizeischneid hat Schule gemacht.

Die englische Abordnung in Washington. Reuters meldet aus Washington: Der britische Vorkämpfer Sir Auckland Geddes hat dem Staatssekretär Hughes mitgeteilt, daß Lord George und Lord Curzon nicht in der Lage sein werden, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, da wichtige innere Probleme ihre Anwesenheit in England erforderlich machen. Es wird erwartet — obgleich eine amtliche Bestätigung nicht vorliegt —, daß die Interessen Groß-Britanniens von Balfour, Bonar Law, Sir Worthington Evans, Lord Lee und Sir William Tyrrell vertreten werden.

punkt, der in der Kunst lediglich ein Mittel zum Genuß, bestenfalls zur Erhöhung der eigenen Person, nicht aber die Auswirkung der Produktion Willen sieht. Ein solcher Konsumentenstandpunkt kann sogar den Produzierenden beherrschen, der, anstatt sich an die Dinge hinzugeben, diese zum Anlaß eines artistischen Eimaomachens nimmt. Aus solchem Konsumententum pflegen jene zahlreichen Erzeugnisse zu entstehen, die meist im Gefolge bestimmter Ideenströme auftreten und diese propagieren, ohne indessen wirklich innerlich von ihnen ergriffen zu sein. So kann das Paradoxe geschehen, daß ein Kunstwerk eine bestimmte Stimmung zwar predigt, aber gerade nicht von ihr erfüllt ist. Denn das Unbeirrbare, Notwendige gerade dieser Schaffensrichtung fehlt ihm. Deshalb hatte die schroffe Ablehnung jeder Tendenzkunst, wie sie vor einem Vierteljahrhundert bestand, einen sehr berechtigten Kern. Ob ein Kunstwerk wirklich aus innerer Notwendigkeit heraus entstanden ist oder nicht, das kann freilich allein das Gefühl entscheiden, niemals der Intellekt.

Aufgabe und Pflicht der Volksbühne ist es nun, nur dem Kunstschaffen zu dienen, das solchem Geist wirklichen Schaffens entstammt, und dadurch die lebendige Verbindung ihrer Angehörigen mit dem Erlebnis der Kunst und, aus ihm, die Freiwerdung von deren eigener produktiver Kraft zu erwirken. Das bedeutet keineswegs ein Festlegen auf eine bestimmte „Richtung“ oder gar auf das „Programm“ einer Partei. Im Gegenteil. Das Gegenläufigste soll sich in der Volksbühne frei entfalten können, sie soll das Forum jedes Weltbildes sein, das innerer Notwendigkeit entspringt.

Herodes und Mariamme

Im Deutschen Theater.

„Herodes und Mariamme“ das ist wohl auch eine „historische“, aber es ist doch vor allem eine menschliche Tragödie; es ist auch die Tragödie des Königs Herodes und der Makkabäerin Mariamme, aber es ist doch vor allem die Tragödie zweier Menschen, die sich lieben — und anfallen. Sie lieben sich — aber sie haben kein Vertrauen zueinander. Und da nicht ihnen ihre ganze große Liebe und Leidenschaft nichts: sie gehen zugrunde. Die Eifersucht (ist sie wirklich ein Uebermaß, ist sie nicht doch eher ein Zuwenig an Liebe?), das Mißtrauen macht zwar nicht ihrer Leidenschaft, aber ihrem Leben ein Ende.

Herodes, ein rechter König und Tyrann, im Blute seiner Gegner waltend, liebt seine Königin Mariamme so leidenschaftlich, daß er den Gedanken, sie könnte nach seinem Tode noch weiterleben, nicht ertragen kann. Er liebt sie nur, er vertraut ihr nicht und fürchtet, sie könne nach seinem Tode zu einem anderen ins Bett streifen. Deshalb stellt er sie, bevor er in den Kampf zieht, aus dem er viel

Die Post in Bayern

Das freigewerkschaftlich organisierte Postpersonal Bayerns gegen die Reaktion

Am 17. bis 18. September tagte in Augsburg die Landeskonferenz des Deutschen Verkehrsverbands, Abteilung Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal. Neben gründlicher Beratung der Fach- und Organisationsfragen wurden die Bezirks- und Zentralbetriebsratswahlen, sowie die Wahlen zu der Bayerischen Postbetriebskrankenkasse eingehend besprochen. Scharfster Kampf wurde den gegnerischen Organisationen angefaßt, die innerhalb Bayerns der Reaktion helfend die Hände leisten. Die Verfügungen der Oberpostdirektionen Bayerns, die im Auftrage der Abteilung VII des Reichspostministeriums herausgegeben sein sollen und den Zweck haben, die Abwehr der separatistischen und gegenrevolutionären Umtriebe zu verhindern, wurden einer scharfen Kritik unterworfen. Die Versammelten nahmen eine Resolution einstimmig an, die zunächst die Verfügung wiedergibt, die von der D. P. D. Regensburg an die Postämter und die Leitungs- und Apparatebezirke ergangen ist. Die Verfügung besagt folgendes:

Zeitungs- und Nachrichten zufolge, wird zur Erreichung politischer oder hochverräterischer Zwecke mit Arbeitseinstellung gehandelt. Um das Personal vor Schäden zu bewahren, wird im Auftrage der Abteilung VII des R. P. M. auf die schweren Folgen der Arbeitseinstellung aufmerksam gemacht: fristlose Entlassung von Arbeitern und widerruflich angestellten Beamten, Kündigung von Beamten, die auf Kündigung angestellt sind, Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung bei Beamten auf Lebenszeit.

Da nach § 19 Ziffer 8c des Tarifvertrages vom 15. 6. 21 die fristlose Entlassung eines Arbeiters wegen unbefugten Verlassens der Arbeitsstätte oder beharrlicher Arbeitsverweigerung nach vorausgegangener Verwarnung erfolgen soll, wird hiermit angeordnet, daß der Amtsvorstand sofort das gesamte Personal unter Bekanntgabe dieser Entlassung gegen Unterschrift vor der Teilnahme einer Arbeitseinstellung warnt und die Warnung in jedem einzelnen Fall, in dem sich unter dem Personal eine Neigung zur Arbeitseinstellung geltend macht, in geeigneter Weise wiederholt. gez.: Bausbad.

Dazu wird in der Entscheidung der Landeskonferenz erklärt:

Die Beamten und Arbeiter der vormaligen Bayerischen Postverwaltung sind Reichsbeamte und -arbeiter, denen schon auf Grund ihrer Stellung zur Reichsregierung die Berufspflichtung obliegt, der Reichsregierung in ihrem Vorgehen, die republikanische Staatsform gegen reaktionäre und separatistische Bestrebungen zu schützen, beizustehen.

Aus diesen Erwägungen betrachtet die Konferenz das gefährliche Eingreifen der Abteilung VII des Reichspostministeriums und ganz besonders die Stellungnahme der D. P. D. Regensburg als den Reichsinteressen zuwiderlaufend.

Wenn die Beamten und Arbeiter letzten Endes durch die politische und hochverräterische Taktik der Bayerischen Regierung zur Arbeitseinstellung gezwungen werden sollten, so würden sie hierzu auf Grund ihrer staatsbürgerlichen Rechte und ihres der Regierung geleisteten Eides vollberechtigt sein.

Weder der § 19 des Tarifvertrages noch die vorerwähnte Disziplinarverordnung geben der Abteilung VII in München eine Berechtigung, Beamte und Arbeiter wegen Arbeitseinstellung, die aus solchen tieferliegenden Gründen veranlaßt ist, zu entlassen.

Die Konferenz protestiert deshalb ganz entschieden gegen die Art und Weise, mit der die Abteilung VII des Reichspostministeriums die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und Arbeiter beschneidet und gegen die seitens der D. P. D. Regensburg dem Personal leichtfertig oder mit Absicht unterschobene hochverräterische Tendenz.

Beachtenswert erscheint, daß die Verfügung auf Veranlassung der Abteilung VII des Reichspostministeriums ergangen ist. Diese Abteilung VII sitzt in München. Sie ist das Haupt der alten bayerischen Postbehörde, und ihr reaktionärer Charakter ist somit als Bestandteil der „bayerischen Eigenart“ erklärlich. Man kann darum auch die Berliner Zentralbehörde der Reichspost nicht leicht nicht zurückkehren wird, „unters Schwerd“; er beauftragt eine seiner Kreaturen, Mariamne zu töten, wenn er, Herodes, sterben sollte. Sie, die ihn nicht weniger leidenschaftlich liebt, als er sie, die innerlich bereit ist, sich selbst zu töten, wenn er stirbt, wird mehr von dem Missetrauen, als von der Grausamkeit seines heimlichen Planes tödlich beleidigt: sie spielt die Rolle der Kreolosen, die kein Missetrauen ihr andichtet, tanzt bei seinem tödlich gemordeten Tod und reist und zwingt ihn so, sie die Unschuldige, die er immer noch liebend liebt, ohne die er nicht leben kann, zu töten. Sie zwingt ihn, den Mord, den er in Gedanken schon an ihr begangen hat, wirklich zu begehen. Das ist ihre Erlösung aus der Verwirrung — und ihre Rache.

Dies leidenschaftliche aller Hebbelsschen Dramen von Werner Krauß und Agnes Strauß gespielt — ich hatte ein Erlebnis erwartet, das Abgründe erschellen, tiefste Tiefen aufwühlen würde. Ich wurde enttäuscht. Es war, als ob diese beiden großen Schauspieler, aus Angst vor solch Leidenschaft den letzten Schattierungen (und sich selber) aus dem Weg gingen. Nur in einzelnen Momenten wurde der Schrei gequälter Seelen laut. Reizens machten zwei begabte Künstler mehr oder weniger gutes Theater. Von Krauß und Agnes Strauß aber erwarten und verlangen wir mehr.

Von der Regie (Otto Falkenberg) war nur am Schluß des vierten Aktes was zu merken. Mit Hilfe anschwelgender und abbrechender Bringsheimischer Musik und einer Art Orchesterbegleitung wurde da wirklich ein paar Szenen lang eine Art Arbeiterbegleitung zu der schauspielerischen Art der Strauß geschaffen. Sonst handelte es sich um Opernsänger auf einem Konzertpodium. Keine Spur von historischem oder anderem Milieu! Die übrigen Schauspieler gar schienen mit Ausnahme von Kühne, Dietzler und Traupner einem entlegenen Provinztheater entlaufen. Sie sagten unmerklich und unbewegt Balken und andere Verze auf, und selbst die Diener und Boten versuchten aus sachlichen Mitteilungen wie etwa „Herr, die Pferde sind gefallt!“ mit Hilfe atemraubender Gekulen und drohenden Betonungen erschütternde Tragödien zu gestalten. Aber daß ihre Königin Mariamne hieß, das wußten sie alle nicht; sie nannten sie zutraulich und nett: Mariamne.

Kein Plagiat. Meine in der „Freiheit“ vom 2. 8. 21 erschienene Kritik der Kleebücher von Weberkop und Zahn stellt in beiden Büchern föhrlange Wortüberereinstimmungen fest. Ich habe diese Tatsache zunächst nur notiert. Nach allen guten Grundgesetzen der wissenschaftlichen wie künstlerischen Arbeit ist das festgestellte aber wissenschaftlich. Einen Vorwurf des Plagiats habe ich nicht erheben — weder gegen Weberkop an Zahn, noch gegen Zahn an Weberkop —, weil ich von vornherein annahm, daß beide Arbeiter eine gemeinsame dritte Quelle benutzt hätten, die die beide nur nicht, wie das von ernsthaften Schriftstellern hätte erwartet werden müssen, angegeben haben. Der Verlag Kiepert hat nun mit, daß die gemeinsame Quelle ein Aufsatz über Klee im „Ararat“ 1920 war, der eine „vollkommen auf Klee mündlichen Angaben beruhende“ Zusammenstellung der

ohne weiteres für diesen Streich verantwortlich machen, aber der Vorgang zeigt, wie nötig es ist, daß auch hier die Zügel erheblich straffer angezogen werden.

Weiteres aus dem Postbetrieb

Zu unserer Notiz „Kleine Anfragen an Giesberts“, die wir am Sonntag veröffentlichten, erhalten wir eine weitere Zuschrift aus Beamtenkreisen. Die Zuschrift macht aufmerksam auf weitere Mängelregelungen bei Berliner Postämtern. Es heißt dort:

„In dem Herrn Postminister Giesberts bekannt, daß trotz der „Demokratie“ immer noch Mängelregelungen stattfinden? Warum ist der Kollege Donat vom Postamt 542 nach W 50 veretzt? Warum ist die Verletzung des Kollegen Vogel vom Bahnpostamt 1 nach § 42 zur Ausföhrung gelangt? Am Antwort wird gebeten. Wo bleibt die Demokratie und die freie Meinung? Sind wir wirklich wieder soweit, daß wir mit der Knute getrieben werden?“

Wir übergeben dem Herrn Reichspostminister — hiermit dieses weitere Material, da wir fest davon überzeugt sind, daß er keinen Augenblick zögern, sondern sich ernsthaft für diese bedenklichen Erscheinungen interessieren und alle bereits vorgekommenen Verstöße gegen die Verfassung an ihren Urhebern ahnden wird.

Die gegenwärtige Zeit erfordert **Kampfbereitschaft** Deine Pflicht ist es, jeden Monat einen Leser für die „Freiheit“, ein Mitglied für die U.S.P.D. zu werden **Nütze die Zeit! Nütze jede Gelegenheit!**

Die Arbeitslosigkeit in England

E.E. London, 21. September.

Der Gesundheitszustand Lloyd Georges hat sich gebessert. Für nächsten Donnerstag wird daher ein Kabinettsrat nach Gairloch einberufen, der sich namentlich mit der Frage der Arbeitslosen beschäftigen wird. Bezüglich des Problems der Arbeitslosigkeit herrschen im Schoß der englischen Regierung noch immer die größten Meinungsverschiedenheiten. Der Arbeitsminister Mac Namara forderte 10 Millionen Pfund Sterling für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Das Kabinettskomitee, das mit der Erledigung dieser Angelegenheit beauftragt ist, konnte sich diesem Standpunkt Mac Namaras nicht anschließen, der nunmehr seinen Vorschlag dem Ministerpräsidenten und den anderen Ministern unterbreiten will. In London herrscht allgemein der Eindruck, daß sich das Kabinet gegen die Bewilligung einer so hohen Summe aussprechen wird, da das Budget ein Defizit von 160 Millionen Pfund Sterling aufweisen würde, das durch Ersparnisse nicht zu decken wäre. Man befürchtet, daß neuerdings Steuererhöhungen Platz greifen würden, namentlich, wenn zu dem bestehenden Defizit noch weitere Ausgaben von 10 Millionen Pfund Sterling für die Arbeitslosen hinzukommen sollten.

Lloyd George benachrichtigte die Bürgermeister der Arbeiterviertel von London, die bereits in Gairloch eingetroffen sind, daß er sie am Abend empfangen werde.

Aufgehobenes Zeitungsverbot. Durch Beschluß des Beschwerdeausschusses des Reichsministeriums des Innern ist das Verbot der „Freisgauer Zeitung“ aufgehoben worden.

Kleeschen Lebensdaten war. Diese Veröffentlichung war von Dr. Zahn redigiert worden, ohne von ihm gezeichnet zu sein. — Es wäre wohl richtig gewesen, daß Zahn, wenn er in keinem Buche Stellen dieser Zeitschriftenarbeit benutzte, sich entweder als deren damaligen Redakteur nachträglich vorgestellt oder aber aus ihr wie aus einer neutralen Quelle zitiert hätte.

Adolf Behne

Die Novembergruppe teilt uns mit, daß sie sich nicht, wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, gespalten hat, sondern daß „nur einige und zwar in der Mehrzahl erst vor kurzem ausgenommene Mitglieder ausgetreten sind, die anstatt des funktionslosen Programms eine ausschließlich politische Einstellung ohne Berücksichtigung der Qualitätsfrage verlangten“. Die Zuschrift bestätigt also, daß eine Spaltung stattgefunden hat, da sich unter den Ausgetretenen so wertvolle Mitglieder wie Otto Dix, Georg Grosz, Thomas King und andere befinden. Natürlich heißt es der Novembergruppe unbenommen, sich weiter Novembergruppe zu nennen. Wahrt ist aber noch, daß die Novembergruppe ursprünglich die Bedeutung des proletarischen Kampfes gerade für ein „funktionsloses Programm“ begriffen hatte und die Ausgetretenen an diesen Gründungsgedanken festhalten, während der Rest, der sich schon deswegen Novembergruppe nennen mag, weil er seinerseits, der rühmreichen Novemberrevolution, ungefähr gleich, wie ein zerbrochenes Ei dem andern.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen Donnerstag früh beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Alfred af Hedenskjerna: Sein Lebenswerk. Erzählung — Im russischen Hungergebiet — Dr. Decker: Die Bedeutung der Schmerzempfindungen — Alfred Brust: Der Zwinger — A. Sproed: Esperanto fürs Proletariat. — F. Tadmans: Insektenfressende Pflanzen — Mutter und Kind — Länder und Völker — Gedanken eines Arbeiters.

Tages-Notizen

Groß Volkoper Berlin. Nach in diesem Jahre verandert die Groß Volkoper Berlin im Hartmanns Hof woher jedes Opernabend im Kongressaal im Orchester. Als Solisten sind in Aussicht genommen Barbara Kemp, Melonia Kori, Emma Delmer, Elisabeth Köhler, Marcella Meiler, Malvina Solovini, Vera Schwarz, Hertha Stulzenberg, Carl Braun, Cornelia Kronenreich, Heinrich Henke, Robert Junt, Rudolf Landenhal, Heinrich Schumann, Richard Zander, Eugen Zrametz. Musikalische Leitung: Bruno Schler-Wallat.

Handstellungen. In der Galerie Ferdinand Wölffert ist die erste Handstellung mit einer größeren Kollektion Gemälde von Adolf Wölffert (München) eröffnet worden. Weiter werden graphische Arbeiten von Wolfgang Horn, darunter Illustrationen zu Thomas Manns „Tod in Venedig“ und einige seiner Gemälde gezeigt.

„Dietzlers“, Schauspiel von Hellert Wöhrmann, mit dem die Freie Bühne, Theater des westfälischen Volkes G. u. S., in Dornberg Schauspielhaus eröffnet wurde, hatte einen sehr dankbaren Erfolg. — Die politische Tendenz des Stückes, in dessen Hauptrolle Adele Hartwig spielte, wurde mit kühnem Stills beglückt.

Der Streik in Nordfrankreich

Weitere Lohnföhrungen — Eine friedliche Lösung aussichtslos Paris, 21. September.

Wie die Morgenblätter melden, hat der Arbeitgeberverband der Metallindustrie von Roubaix und Toucoing den streikenden Arbeitern mitgeteilt, daß ihre Löhne in derselben Weise wie die der Textilarbeiter, mit denen sie gemeinsame Sache gemacht haben, herabgesetzt würden. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß die Arbeiter durch diesen Streik den gegenwärtig geltenden Arbeitsvertrag gekündigt haben.

Die Unternehmer erweitern also die Kampfesfront und benutzen die Gelegenheit, um Lohnföhrungen auch in den Berufen vorzunehmen, deren Angehörige sich mit den Textilarbeitern solidarisch erklärt haben. Heute gehen die Metallindustriellen mit ihrem Beispiel voran, morgen werden vielleicht schon andere Unternehmerkreise folgen. Erinnerung man sich in diesem Augenblick der Ausführungen, die Herrheim, der Vorsitzende des französischen Metallarbeiterverbandes, auf der Generalversammlung der deutschen Metallarbeiter in Jena gemacht hat, so erkennt man in der anmaßenden Haltung des französischen Unternehmertums eine Folge der Schwäche der französischen Gewerkschaften, die durch kommunistische Treibereien hervorgerufen worden sind.

Merheims Unklage in Jena wird durch den gegenwärtigen Streik in Frankreich grausam und treffend illustriert.

Unter diesen Umständen ist an eine Einigung und an eine Beilegung des Streiks unter einigermaßen günstigen Bedingungen für die Arbeiter absolut nicht zu denken. Der französische Ministerpräsident verhandelt in Paris beständig, aber ohne Erfolg, mit den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. Nach einer Mitteilung der Kanzlei des Ministerpräsidenten lassen die von beiden Parteien für die Annahme einer friedlichen Lösung gestellten Bedingungen der Regierung zur gegenwärtigen Stunde eine solche friedliche Lösung aussichtslos erscheinen.

Währenddessen tobt der Streik im Lager der Gewerkschaften weiter. Die folgende Meldung gibt ein Bild vom Stande des Konflikts.

Gefahr der Spaltung

Paris, 21. September.

Im Landesauschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes brachten gestern die Vertreter der Mehrheitsrichtung einen Antrag ein, der gegen alle Organisationen, die weiter revolutionären Ausschüssen angehören, Sanktionen vorsieht, die bis zum Ausschluß gehen können. Unter großer Erregung fand die Abstimmung statt, die 63 Stimmen für und 55 Stimmen gegen den Antrag brachte. Ein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung. Nach Ansicht der bekanntesten Vertreter der Mehrheit bedeutet das die Spaltung, wenn die Vertreter der Minderheitsrichtung nicht nachgeben und aus den revolutionären Ausschüssen austreten.

Internationale Unterstützung

Paris, 21. September.

Der Internationale Textilarbeiterkongress hat in seiner gestrigen Sitzung eine Unterstützung von 300 000 Franken für die französischen und die belgischen Streikenden beschlossen. Die Nachmittagsitzung wurde von einem deutschen Delegierten geleitet. Ein Zwischenfall wurde durch einen französischen Delegierten hervorgerufen, der erklärte, daß er ein Mandat vom dem russischen Verband habe, ihn auf dem Kongress zu vertreten. Es wurde eine Kommission zur Prüfung der Mandate eingesetzt.

Um die Sanktionen

London, 20. September.

Reuter meldet: dem Vernehmen nach schreiten die Sanktionen und die Auslegung der im August getroffenen Entscheidung des Obersten Rates betreffenden Verhandlungen zwischen der britischen und der französischen Regierung und zwischen der britischen und Deutschland sehr beständig fort. Der französische Botschafter sprach heute nachmittag im Foreign Office vor und erörterte die Frage mit dem ständigen Unterstaatssekretär. Nach einer Information aus französischer Quelle war der Botschafter der Meinung, daß der britische Gesichtspunkt über die Frage der Sanktionen tatsächlich der selbe ist wie der französische Gesichtspunkt. Nur Einzelheiten seien noch zu erörtern.

Das neue polnische Kabinet

Warschau, 21. September.

Der Staatschef sandte an den Rektor Bonikowski folgendes Schreiben: Ich ernenne Sie zum Ministerpräsidenten der Republik Polen und zum Minister für Volksausföhrung und Glaubensbekenntnisse. Außerdem übertrage ich Ihnen das Ministerium für Kunst und Kultur. Gleichzeitig werden auf Ihren Antrag hin ernannt folgende Herren: Zum Außenminister Struminski, Innenminister Downarowicz, Kriegsminister Sosnkowski, zum Leiter des Finanzministeriums Dr. Marzkowski, Justizminister Sobolewski, Landwirtschaftsminister Raczynski, Leiter des Handelsministeriums Strahburger, Eisenbahnminister Dr. Siborski, Post- und Telegraphenminister Dr. Steslowicz, Minister für öffentliche Arbeiten Karutowicz, Arbeitsminister Darowski, Erziehungsminister Baczakowski, Minister des ehemals preussischen Teilgebietes Trzcinski.

Gezeichnet Staatschef Josef Pilsudski.

Allgemeine Mobilisation in Anatolien

Konstantinopel, 20. September.

Mustapha Kemal hat in seiner Eigenschaft als Generalissimus der türkischen Truppen und Vorsitzender der Nationalversammlung der Türkei die allgemeine Mobilisierung Anatoliens ab 15. September mittags angeordnet.

Mustapha Kemal erließ einen Aufruf an die Nation, in dem er erklärt, daß die griechische Armee, die die nationalen Streitkräfte habe vernichtet und Angora habe besetzen wollen, mit Hilfe des Völkchens geschlagen und über den Salariat zurückgeworfen sei. Die heldenhafte türkische Armee setze die Verfolgung des Feindes fort. Der einzige Wunsch sei, das Dasein der Türken zu sichern und ihre Unabhängigkeit durchzusetzen. Die ganze Welt werde schließlich dem türkischen Volk dieses Recht zuerkennen, das innerhalb seiner nationalen Grenzen zu leben wünsche. Der Aufruf schließt: Wir werden die Waffen nicht niederlegen, bis diese Ziele völlig erreicht sind.

